



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



April 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

### **1. Erste türkischstämmige Landesministerin in Deutschland**

*Aygül Özkan wird niedersächsische Sozialministerin*

### **2. Islam in Deutschland**

*Imamausbildung · Anerkennung des Islam · Koordinierungsrat der Muslime*

### **3. Ausländerrechte in Deutschland**

*Doppelte Staatsbürgerschaft · Ausweisung · Familienzusammenführung*

### **4. Studien und Berichte über Integration**

*Fortschritte der Integration · Diskriminierung · Kindertagesbetreuung*

### **5. Deutsch-türkische Lebenswelten**

*Integrationspolitik der CDU · öffentlicher Dienst · Forschungszentrum*

### **6. Bildungspolitik**

*Türkische Schulen · Türkischlehrer*

#### **Impressum**

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presspiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

## 1. Erste türkischstämmige Landesministerin in Deutschland

**Im Rahmen einer Kabinettsumbildung besetzte der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) u.a. den Posten der Sozialministerin in seinem Kabinett neu. Mit Aygül Özkan (CDU) hat in Deutschland erstmals eine türkischstämmige Frau einen Ministerposten erhalten. Entsprechend groß und positiv war das mediale Echo der türkischen Tageszeitungen.**

Am 20.04. verkünden alle türkischen Tageszeitungen die Ernennung von Aygül Özkan zur neuen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration des Landes Niedersachsen. Die konservative **HÜRRIYET** titelt „Danke Frau Merkel“ und schreibt, dass die CDU mit diesem Schritt „in die Geschichte eingehen“ werde und erinnert zugleich an die zahlreichen integrationspolitischen Maßnahmen, wie den Nationalen Integrationsgipfel oder die Deutsche Islamkonferenz, die unter der Kanzlerschaft von Merkel initiiert wurden. Ähnlich positiv ist auch die konservative **SABAH** mit dem Titel „Politische Revolution in Deutschland“ und betitelt die Berufung Özkans als „Zeichen von Veränderung innerhalb der CDU“. Im Kommentar „Ein historischer Schritt“ interpretiert der **SABAH**-Chefredakteur die Ernennung Özkans als „eine wichtige Botschaft, sowohl an die CDU als auch an die deutsche Gesellschaft“. Außerdem sei das zugegebenermaßen überraschende Vorgehen des CDU-Politikers Wulff vorbildhaft für andere Parteien in Deutschland. Die liberale **MILLIYET** titelt „Die erste türkische Ministerin in der deutschen Geschichte“. „Volle Unterstützung von Merkel und Böhmer für die erste türkische Ministerin“ titelt die liberal-islamische **ZAMAN** (21.04.). Die Zeitung meldet außerdem, dass sich zahlreiche türkischstämmige zivilgesellschaftliche Organisationen über die Berufung Özkans zur niedersächsischen Sozialministerin gefreut hätten. Bereits am 22.04. berichtet die **SABAH** über die ersten politischen Botschaften der neuen türkischstämmigen Sozialministerin, die sie zum Thema Bildung äußerte. Özkan habe darauf hingewiesen, dass Kinder mit Migrationshintergrund in deutschen Kindertagesstätten noch immer unterrepräsentiert seien und habe daher vor allem Mütter dazu aufgefordert, das in Deutschland zur Verfügung stehende Angebot der Kindertagesbetreuung besser in Anspruch zu nehmen. Ein

weiterer Appell der neuen Ministerin galt der schnellen und vereinfachten Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Diplome.

## **2. Islam in Deutschland**

**Nach der ausführlichen Berichterstattung über die Deutsche Islamkonferenz (DIK) im vergangenen Monat, wurde diese im April kaum mehr in der türkischen Presse thematisiert. Die Ausbildung von Imamen und die gesellschaftliche Wahrnehmung sowie Anerkennung des Islams in Deutschland hingegen waren erneut wichtige Themen der Berichterstattung türkischer Tageszeitungen.**

### **Deutsche Islamkonferenz**

Am 13.04. veröffentlichte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration die Ergebnisse einer repräsentativen telefonischen Umfrage zum Bekanntheitsgrad der DIK. Die Befragung ergab, dass jede zweite Person mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland die DIK nicht kennt und dass 43% der Muslime in Deutschland noch nie etwas von der DIK gehört haben. Lediglich 11% der Befragten gaben an, dass ihnen die Konferenz gut bekannt sei. Die Ergebnisse dieser Studie wurden allerdings in keiner türkischsprachigen Zeitung aufgegriffen.

Am 15.04. titeln **SABAH, HÜRRIYET** sowie die **ZAMAN** über die Meinung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit einer Schlagzeile zur DIK. Auf dem kleinen Parteitag der CDU zum Thema Integrationspolitik in Berlin habe de Maizière betont, dass es sich bei der DIK um ein Forum der deutschen Bundesregierung und nicht etwa um ein Format zur Repräsentation der Muslime handle. Schließlich repräsentierten die eingeladenen muslimischen Verbände gerade einmal ein Viertel der Muslime in Deutschland, so die Zeitungen weiter. Die **ZAMAN** (22.04.) übt erneut Kritik an den Teilnehmern der DIK, diesmal in Bezug auf die Teilnahme von alevitischen Gläubigen. Während alevitische Teilnehmer, die sich dem Islam nicht zugehörig fühlen, zur DIK eingeladen würden, seien solche, die das Alevitentum als Teil des Islam verstehen, trotz

einer expliziten Anfrage, nicht zur Teilnahme eingeladen worden, bemängelt das Blatt.

### **Imamausbildung**

„Wir werden europäische Imame in der Türkei ausbilden“ schreibt die **TÜRKIYE** am 08.04. über das Vorhaben von Prof. Dr. Ali Bardakoğlu, dem Präsidenten der türkischen Religionsbehörde, Jugendliche aus Europa sollen künftig ihre Imamausbildung an Theologiefakultäten in der Türkei absolvieren und anschließend ihre Arbeit in Deutschland und anderen EU-Ländern aufnehmen, so der Präsident weiter.

Der Wissenschaftsrat hatte zu Beginn dieses Jahres empfohlen, islamische Lehrstühle an deutschen Universitäten einzurichten, um dort Imame auszubilden. Am 03.04. berichtet die **ZAMAN** über die Äußerungen von Filiz Polat, niedersächsische Landtagsabgeordnete der Grünen, zu diesem Vorhaben. Polat merkte zunächst an, dass die Ausbildung von Imamen in Deutschland einen enormen Effekt auf die weitere Entwicklung der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland haben werde. Daher forderte sie, dass die muslimischen Verbände bei der Imamausbildung an islamischen Lehrstühlen deutscher Universitäten maßgeblich mitwirken sollten, damit diese anschließend auch in der muslimischen Gemeinde akzeptiert werden.

Ein Kommentar in der **ZAMAN** (14.04.) steht der Ausbildung von Imamen in Deutschland jedoch kritisch gegenüber. Unter der Überschrift „Kann man mit einem patentierten deutschen Imam beten?“ wird die Idee, Imame in Deutschland auszubilden, zunächst gelobt. Wenn diese Maßnahme allerdings langfristig darauf abziele, dass in den Moscheen Deutsch gesprochen werde, seien sie äußerst fragwürdig. Im Kommentar findet außerdem die religiöse Komponente Erwähnung: Es sei fraglich, ob in Deutschland ausgebildete Imame generell vertrauenswürdig wären und man mit ihrer Anleitung beten könnte. Dem Staat wird zudem Parteilichkeit in Bezug auf mit dem Islam verbundene Fragen vorgeworfen. Als Grund für diese Vorwürfe erinnert der Autor an den Fall Muhammad Kalisch, einem Islamkritiker, der damit beauftragt werden sollte, islamische Religionslehrer in Deutschland auszubilden und außerdem an die „Beförderung“ von Islamkritikerinnen wie Necla Kelek, die im Rahmen der DIK persönliche Beraterin des Bundesinnenministers wurde. Der Artikel endet mit der

Frage, wo Imame, die in Deutschland ausgebildet würden, überhaupt ihrer Tätigkeit nachgehen sollten, wenn doch „die DITIB ihre Imame in der Türkei ausbildet, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş generell nicht in Frage kommt, der Verband Islamischer Kulturzentren seine Imame selbst ausbildet und die ATIB gegenüber Deutsch in der Moschee eher abgeneigt ist?“.

### **Anerkennung des Islams in Deutschland**

Die **SABAH** berichtet am 12.04. von einer Rede des DITIB-Vorsitzenden Sadi Arslan. In der Rede, die anlässlich des Geburtstags des Propheten Muhammed gehalten wurde, forderte Arslan Deutschland dazu auf, „endlich den Islam als offizielle Religion des Landes“ anzuerkennen. Laut Arslan setzt die Gleichbehandlung von Menschen muslimischen Glaubens vor dem Gesetz zunächst eine offizielle Anerkennung des Islams in der Öffentlichkeit voraus. Auch die **HÜRRIYET** und die **MILLIYET** berichten in ähnlicher Weise über die Ausführungen Arslans.

### **Neue Führung für Koordinierungsrat der Muslime**

Auf der Titelseite des 09.04. verkündet die **ZAMAN**, einen Wechsel an der Führungsspitze des Koordinierungsrates der Muslime (KRM): Bekir Alboğa (DITIB) übergab das Amt des Sprechers an Ali Kızılkaya vom Islamrat. Kızılkayas wichtigstes Ziel bestehe darin, eine Einheit zwischen den Muslimen herzustellen. Der KRM hatte sich 2007 zur Deutschen Islamkonferenz als Dachverband muslimischer Vereine zusammengeschlossen. Mitglieder des KRM sind der Islamrat, der Zentralrat der Muslime, der Verband Islamischer Kulturzentren und die DITIB. Zur zweiten Phase der Islamkonferenz war der Islamrat nicht eingeladen worden. Dies hatte eine Krise im KRM hervorgerufen, da einige Wochen lang keine einheitliche Linie zum weiteren Vorgehen festgelegt werden konnte.

## **3. Ausländerrechte in Deutschland**

### **Die türkische Presse setzte sich im April erneut mit den Themen der Visapflicht für Türkischstämmige und der noch ausstehenden**

**Anerkennung ausländischer Diplome auseinander. Außerdem wurden Neuerungen im Staatsbürgerschaftsrecht und Kindergeldzahlungen bei Auslandsaufenthalten behandelt.**

### **Doppelte Staatsbürgerschaft in Schleswig-Holstein**

Die **MILLIYET** (07.04.) informiert über das beispielhafte Vorgehen Schleswig-Holsteins bei der Vergabe der doppelten Staatsbürgerschaft: Das Bundesland bewilligte 60% der eingegangenen 1.881 Anträge auf eine doppelte Staatsbürgerschaft. Am 08.04. schreibt die **SABAH** zum selben Thema, dass die Liste der Antragsteller von irakischen Staatsbürgern angeführt werde und dass außerdem 185 der Bewerber türkischstämmig waren. Da Schleswig-Holstein gegen das Optionsmodell der Staatsbürgerschaft sei, setze es sich für eine bundesweite Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ein, berichtet die Zeitung weiter.

### **Forderung: Leichtere Ausweisung ausländischer Straftäter**

Am 07.04. berichtet die **SABAH** über Äußerungen von Wolfgang Bosbach, dem Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, zum Thema „Ausweisungen“: Der CDU-Politiker fordert, dass die Ausweisung straffällig gewordener Personen mit Migrationshintergrund künftig leichter erfolgen soll. Integrations- und Sprachkurse seien in diesen Fällen nicht mehr ausreichend, daher stelle die CDU diese Forderung bereits seit Jahren.

### **Bürokratische Hürden bei Familienzusammenführung**

„Wer vorübergehenden Besuch oder Verwandte aus der Türkei nach Deutschland holen möchte, muss mit langen Behördenbesuchen rechnen“ meldet die **SABAH** (12.04.). Demnach gebe es bei der Familienzusammenführung noch immer zahlreiche Hürden durch die Bürokratie in deutschen Konsulaten. So sei die Erfüllung aller notwendigen Voraussetzungen längst keine Garantie für einen reibungslosen Ablauf der Familienzusammenführung, berichtet die Zeitung weiter.

#### **4. Studien und Berichte über Integration**

**Im April befassten sich türkische Zeitungen mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Studien zu den Fortschritten der Integration in Deutschland, Diskriminierung und der vorschulischen Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund.**

##### **Fortschritte der Integration in Deutschland**

„80% der Türkischstämmigen sprechen gutes Deutsch“ verkündet die **ZAMAN** am 19.04. über die Ergebnisse einer Studie, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag des Bundesinnenministeriums durchgeführt und die Ergebnisse am 15. April veröffentlicht hat. Die Studie setzt sich ausführlich mit der Lebenswelt der fünf größten Migrantengruppen in Deutschland auseinander: Von den befragten 4.576 Personen stammten 1.544 aus der Türkei, 972 aus dem ehemaligen Jugoslawien, 746 aus Italien, 677 aus Griechenland und 637 aus Polen. In Bezug auf die Sprachkenntnisse Türkeistämmiger wurde im Rahmen der Studie festgestellt, dass 80% der 15- bis 34-Jährigen Männer sowie 70% der gleichaltrigen Frauen gut Deutsch sprechen. In derselben Altersgruppe liegt der Anteil unzureichender Deutschkenntnisse bei den Frauen bei fast 5% und bei den Männern bei nahezu 10%. Der Bericht stellt außerdem fest, dass das Deutschniveau in der Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen immer schlechter wird: Jede vierte Frau in dieser Altersgruppe spreche gar kein Deutsch. Insgesamt bewertet die Zeitung die Ergebnisse dieser Studie als Richtigstellung zuvor veröffentlichter Behauptungen, dass jede fünfte türkeistämmige Person kein Deutsch spreche.

##### **Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt**

Am 03.04. berichtet die **ZAMAN** über eine Studie zur Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Die *International Labour Organization* führte empirische Untersuchungen zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich, Spanien, Deutschland, der Schweiz, Belgien, Holland, Italien, Schweden, Dänemark und Irland durch. Sie ergab, dass zugewanderte Menschen in diesen Ländern fünf Mal mehr Bewerbungen als die einheimischen Europäer schreiben müssen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Die Organisation habe einen hohen Grad an

Diskriminierung festgestellt, was wiederum ein großes Hemmnis für die gesellschaftliche Integration im Allgemeinen bedeute.

### **Diskriminierung in öffentlichen Einrichtungen**

Die **ZAMAN** informiert am 07.04. über den Diskriminierungsbericht 2009, der vom Antidiskriminierungsbüro Köln für das Land Nordrhein-Westfalen herausgebracht wurde. Der Bericht wertet die Ergebnisse der Datenbank ARIC-NRW aus, auf der Diskriminierungsfälle im Internet gemeldet werden können. Im Jahr 2009 wurden dort 95 Fälle von Diskriminierung gemeldet: 33% dieser Fälle ereigneten sich in öffentlichen Behörden, 18% in der Arbeitswelt und 17% bei der Anmietung von Wohnräumen und vergleichbaren Situation. Weiterhin waren 15% der Diskriminierungsfälle im Bereich Bildung anzusiedeln. Der Datenbank war auch zu entnehmen, dass die meisten Diskriminierungsfälle sich bei öffentlichen Behörden wie beispielsweise der Ausländerbehörde, der Agentur für Arbeit und diplomatischen Vertretungen sowie durch deren Mitarbeiter ereigneten.

### **Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesstätten**

Die **ZAMAN** berichtet am 10.04. über die Ergebnisse einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes zur Nutzung von Betreuungsangeboten im Vorschulalter. Die Studie ergab, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern aus deutschstämmigen Familien, seltener einen Kindergarten besuchen: 47% der Familien mit Migrationshintergrund schicken ihr Kind in den Kindergarten, während derselbe Wert bei deutschen Familien bei 67% liegt. Bei unter Dreijährigen besucht gerade einmal jedes zehnte Kind mit Migrationshintergrund einen Kindergarten, während es bei deutschen Kindern jedes Vierte ist. Staatsministerin Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, habe Eltern mit Migrationshintergrund dazu aufgefordert, ihre Kinder in die Tagesbetreuung zu geben. Gleichzeitig bat sie um mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens der Kindertagesstätten für die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund, berichtet die Zeitung weiter.

## **5. Deutsch-türkische Lebenswelten**

**Die türkischen Zeitungen berichteten im April über die Integrationspolitik der CDU, den Migrantenanteil in der öffentlichen Verwaltung sowie die Gründung eines deutsch-türkischen Forschungszentrums.**

### **CDU räumt Fehler in der Integrationspolitik ein**

Am 16.04. titelt die **SABAH** „Die CDU gesteht“ und kommentiert damit die Aussagen zweier CDU-Politiker: Armin Laschet und Staatsministerin Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, räumten ein, dass ihre Partei im Hinblick auf die Integrationspolitik in der Vergangenheit besser hätte handeln können. Heute hingegen habe man auch in der CDU verstanden, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, so Laschet. Trotzdem bemängelte er, die fehlende Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen: Eine repräsentative Demokratie sei nicht mit der Tatsache vereinbar, dass 25% der Menschen nicht im Landtag vertreten seien.

### **Laschet: Verbleibs-Prämie für Türkeistämmige**

„Lasst uns die Türken gegen Bezahlung hier behalten“ titelt die **HÜRRIYET** am 13.04. über den Vorschlag von Armin Laschet, eine Art „Bleibe-Prämie“ für Türkeistämmige einzuführen. Auf der CDU-Mandatsträgerkonferenz am 12.04. in Düsseldorf habe Laschet außerdem eingeräumt, dass in der Vergangenheit im Bereich Integration einiges hätte besser gemacht werden können. Der Minister stellte in den Raum, dass früher die Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimat finanziell unterstützt wurde und heute vielleicht umgekehrt die Entscheidung Türkischstämmiger, weiter in Deutschland zu verbleiben, mit einer Prämie honoriert werden sollte. Auch sei es sehr wichtig, den Weg für Migrantinnen und Migranten zu aktiven Positionen in der Politik zu ebnen. „Es gibt doch sehr zu denken, dass es in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit dem größten Anteil von Migrantinnen und Migranten, keinen einzigen Abgeordneten mit Migrationshintergrund gibt“, so Laschet.

## **Mehr Migrantinnen und Migranten in der Hamburger Stadtverwaltung**

Die **ZAMAN** berichtet am 01.04. über erste Erfolge der Initiative „Wir sind Hamburg – Bist du dabei?“ der Stadtverwaltung Hamburg. Das Projekt zielt darauf ab, mehr Menschen mit Migrationshintergrund langfristig für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Im Jahr 2009 ist der Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg von 6% auf 14,7% gestiegen. Für 2011 liegt die Zielsetzung bei 20% Migrantenanteil.

Am 08.04. schreibt die **HÜRRIYET** über den Aufruf des Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust, Chancengleichheit für zugewanderte Menschen zu ermöglichen: Chancengleichheit äußere sich darin, jeder Person - unabhängig von der Herkunft - gleiche Optionen in allen gesellschaftlichen Gebieten zu ermöglichen, so die Zeitung weiter über die Aussagen des Bürgermeisters.

## **Gründung eines Deutsch-Türkischen Forschungszentrums**

Der Türkeiibesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel entfachte eine gesellschaftliche Debatte zum Thema Bildung. In Anlehnung daran berichtet die **MILLIYET** (09.04.) über die kürzlich beschlossene Gründung eines Deutsch-türkischen Forschungszentrums in Berlin. Die Gründer des Zentrums sind die Fakultät für Kommunikation der Bahçeşehir Universität Istanbul und das Institut für Kultur- und Medienmanagement der Freien Universität Berlin. Geplant seien u.a. Bildungsprogramme mit Austausch sowie Kooperationen bei Forschungen zu Themen wie Zuwanderung, Kultur und Medien, so die Zeitung weiter.

## **Integration statt Assimilation**

„Integriert euch, aber lasst euch nicht assimilieren!“, mit diesen Worten zitiert die **ZAMAN** (09.04.) den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Bei einem Besuch in Paris traf der Regierungschef tausende Türkeistämmige und forderte diese auf, von dem Recht der doppelten Staatsbürgerschaft Gebrauch zu machen. Eine Einbürgerung mache einen Menschen „nicht weniger türkisch“, so Erdoğan. Nur durch eine Einbürgerung bekämen sie das Recht zu wählen und auch gewählt zu werden, merkte der konservative Politiker an. Außerdem sei es wichtig, die Sprache des Landes zu erlernen; doch solle man von einer Assimilation in jedem Fall absehen, so die Zeitung weiter über seine Ausführungen. Außerdem habe er vor, die in Deutschland geplanten türkischen

Schulen in ähnlicher Weise auch in Frankreich zu gründen, informierte der Politiker. Zum selben Thema titelt die **HÜRRIYET** im Europateil: „Erdogan: Werdet doppelte Staatsbürger!“.

## **6. Bildungspolitik**

**Die Forderung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, türkische Schulen in Deutschland zu eröffnen, war auch im April ein wichtiges Thema in der Berichterstattung türkischsprachiger Zeitungen. Weitere Bildungsthemen waren der Fachkräftemangel für türkischen Sprachunterricht sowie Latein als Lernhilfe für Sprachschwächen.**

### **Türkische Schulen in Deutschland**

Die **ZAMAN** berichtet am 01.04. über den Zuspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder für türkische Schulen in Deutschland. „Türkische Schulen unterstützen nicht nur die Integration, sondern bringen für unser Land ein Stück weit Internationalität mit sich“, so Schröder. Es gebe in Deutschland doch auch englische, französische und griechische Schulen merkte der SPD-Politiker an und fragte: „Wieso sollte es dann nicht auch mehr türkische Schulen geben?“.

### **Zu wenige Türkischlehrer in Deutschland**

Im Hinblick auf die baldige Einführung der Zweitfremdsprache Türkisch an deutschen Schulen stellt die **HÜRRIYET** (12.04.) einen deutlichen Lehrermangel fest: Laut Angaben der Zeitung besuchen derzeit bundesweit etwa 473.000 Kinder türkischer Herkunft die Schule, während im gesamten Bundesgebiet gerade einmal 1.141 Lehrerinnen und Lehrer Türkischunterricht erteilen.

### **Lateinisch für türkischstämmige Schülerinnen und Schüler**

Die **SABAH** schreibt am 06.04. über Empfehlungen von Stefan Kipf, Professor für klassische Philologie in Berlin, zum Thema Sprachschwierigkeiten türkischstämmiger Kinder: Er empfiehlt die Teilnahme am Lateinunterricht, da

dieser auch deutliche Fortschritte beim Erwerb der deutschen Sprache mit sich bringe. Diese Annahme begründet Kipf mit persönlichen Lehrerfahrungen an einem Gymnasium: Dort waren unter den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund fast ausschließlich diejenigen die erfolgreichsten, die auch am Lateinunterricht teilnahmen.